



focus 8/10
Dezember

Biodiversität und Stadtgrün: Schlüssel zur Stadt von morgen

Manche meinen, Städte seien Orte ohne Biodiversität und Natur. Viele glauben zudem, die Bedürfnisse der Stadtbevölkerung liessen sich nicht mit jenen von Tieren und Pflanzen vereinbaren. Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen ein anderes Bild: Europäische Städte weisen einen vergleichsweise hohen Reichtum an Biodiversität auf. Ihr Wert wird den Menschen immer stärker bewusst. Für die Schweiz hat eine Nationalfonds-Studie jüngst gezeigt, dass selbst die grösseren Städte über eine ebenso vielfältige Tierwelt verfügen wie ihr Umland. Allein in der Stadt Zürich sind heute 600 Tier- und 1200 Pflanzenarten nachgewiesen: doppelt so viele, wie in der Umgebung! Man kann daraus folgern, dass manche Arten, die in Gebieten mit intensiver Landwirtschaft selten geworden sind, allenfalls in den Städten Zuflucht finden.



Natur und Biodiversität leisten der städtischen Gesellschaft wertvolle Dienste, so zum Beispiel durch das Filtern von Schadstoffen, die Aufnahme von Niederschlägen, die Abkühlung an heissen Tagen oder bei der Umwelterziehung. Zudem gibt es Hinweise auf ein positives Verhältnis zwischen Biodiversität und Wohlbefinden der Stadtbevölkerung. Aktuelle Untersuchungen zeigen, dass diese genau jene Aspekte des Stadtgrüns am stärksten schätzt, welche auch für die urbane Biodiversität wichtig sind. Es geht um vielfältige, reichhaltige Grünräume, welche aber zugänglich sind und die individuelle Freiheit der Bevölkerung nicht einschränken. Diese Erkenntnisse eröffnen neue Perspektiven für einen kon-

struktiven Dialog zwischen lokalen Behörden, Stadtplanern und jenen, die für das städtische Grün verantwortlich sind. Daraus resultieren geeignete Massnahmen für eine nachhaltige Stadtentwicklung.

Am Ende des «internationalen Jahrs der Biodiversität» zeigt sich immer klarer, dass die Biodiversität viel stärker in alle ökonomischen und sozialen Entwicklungsprozesse einbezogen werden muss, wie dies etwa beim Biodiversitäts-Abkommen von Nagoya oder der geplanten nationalen Biodiversitätsstrategie der Fall ist. Vor dem Hintergrund der weltweit zunehmenden Urbanisierung wird die Fähigkeit der Städte, dynamisch auf die globalen Veränderungen und auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zu reagieren, entscheidend davon abhängen, wie gut sie ihre bauliche Stadtentwicklung und die Qualität ihrer urbanen Grünräume ins Gleichgewicht bringen können. Das Wohlbefinden der Stadtbevölkerung und die Biodiversität sind dafür Erfolgsindikatoren. Die zukünftigen Herausforderungen für die Raumentwicklung in der Schweiz liegen vor allem in den urbanen Räumen. Es ist in diesen 7 % der Landesfläche, dass 80 % der Bevölkerung leben und arbeiten. Die Entscheide, die dort heranreifen, werden massgeblich vom Erleben der eigenen Umgebung geprägt.

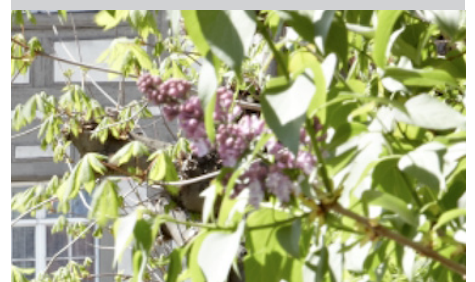
Dr. Marco Moretti, Projektleiter BiodiverCity, Eidg. Forschungsanstalt WSL Bellinzona

Liebe Leserin, lieber Leser

Biodiversität ein Thema für den Städteverband? Ja – denn nicht nur sind Städte wichtige Lebensräume für Pflanzen und Tiere, sondern deren Verbreitung ist oft auch ein wichtiges Element von urbaner Lebensqualität. Dabei mag überraschen, dass die Artenvielfalt in Städten nicht tiefer liegt als im Umland. Grund genug also, diesem Thema am Ende des Internationalen Jahres der Biodiversität unseren «focus» zu widmen.

Wir danken Ihnen, liebe Leserin, lieber Leser für Ihr Interesse an unseren Themen und Aktivitäten und wünschen von Herzen frohe Festtage und ein gutes neues Jahr!

Ihre focus-Redaktion



Inhalt

Biodiversität und Stadtgrün: Schlüssel zur Stadt von morgen	1
«Mehr tun für Biodiversität: Man muss es nur wollen»	2
Biodiversitätsförderung für mehr Lebensqualität in der Stadt	3
Sessionsrückblick, Vernehmlassungen	4
Fortsetzung der TAK, Migrationsfragen, Herbstkonferenz der SI Sozialpolitik	5
Agenda	6

«Mehr tun für die Biodiversität: Man muss es nur wollen»

René Longet, Gemeinderat von Onex (GE)



Wie beurteilen Sie die Biodiversität in Onex, einer Stadt in der Agglomeration von Genf?

Onex mit rund 17 500 Einwohnerinnen und Einwohnern verfügt über ein breites Spektrum an unterschiedlichen Lebensräumen: Wohngebiete mit Einfamilien- wie auch mit Mehrfamilienhäusern, Freizeitanlagen, Parks, Wälder... Seit 2006 überprüfen wir regelmässig die Zahl der Vogelarten als Biodiversitäts-Indikator. Zwar ist die Vogelarten-Vielfalt ziemlich gross, aber auch bedroht. Wir müssen zu Gebüsch, Hecken, Eichenalleen und zu alten Bäumen Sorge tragen und darauf achten, was wir anpflanzen... Da wir mit diesen Fragen sorgfältig umgehen, bin ich zuversichtlich.

Weshalb ist die Biodiversität für eine Stadt wichtig?

Der Erhalt der Biodiversität kann nicht allein durch Naturschutzgebiete erreicht werden; auch in allen anderen Lebensräumen muss ihr Sorge getragen werden. In der Landwirtschaft, in Erholungsräumen, in dicht bebautem Gebiet ebenso wie in Villenvierteln oder in Industriezonen – die Stiftung «Natur & Wirtschaft» zeigt dies vorbildlich. Die Artenvielfalt muss überall gepflegt werden und deshalb ist das Bewusstsein absolut zentral, dass die Biodiversität auch bei der Gestaltung von städtischen Räumen wichtig ist. Auf einer Blumenwiese einen Schmetterling bewundern zu können, ist unbezahlbar.

Was tut die Stadt Onex im Bereich der Biodiversität? Mit welchen Zielen? Sind dafür zusätzliche finanzielle Mittel nötig?

Dies ist primär keine finanzielle Frage. Wichtig ist, dass wir uns der Bedeutung der Biodiversität bewusst werden und mehr über die Zusammenhänge wissen. Wie so oft standen am Anfang unseres Engagements auch in Onex konkrete Massnahmen und motivierte Personen. Wir haben Hecken und einen Obstgarten mit alten Sorten gepflanzt, sind dem FSC-Label und der Deklaration «urwaldfreundliche Gemeinde» des Bruno-Manser-Fonds beigetreten; wir haben mit den Schulen Lehrpfade realisiert sowie eine Wald-Bewirtschaftungsplanung erarbeitet – Onex besitzt 16 Hektaren Wald – und die Waldarbeiten mit Pferden durchgeführt... In unseren Einfamilienhauszonen haben 90 von 800 Besitzern die Garten-Charta unterschrieben – der höchste Anteil in der Schweiz. In Quartieren mit Mehrfamilienhäusern sind auch die Vermieter gefordert, wobei auch die Gemeinde die Bepflanzung und Aufwertung von Balkonen als Lebensräume unterstützt.

Welche Prioritäten haben Sie in den «Leitlinien zur Förderung der Biodiversität in kommunalen Grünflächen» definiert?

Dieses Dokument markiert den Übergang von punktuellen Aktionen zu normativen Vorschriften. Es legt detailliert fest, welche Pflanzenarten wir anbauen und wie wir sie pflegen (Pflanzenschutzmittel, Umgang mit exten-

siven Wiesen – rund 12 % der Grünflächen –, Bodendurchlässigkeit etc.).

Bald geht das internationale Jahr der Biodiversität zu Ende. Ihre Bilanz?

Die Biodiversität darf nicht etwas Nebensächliches, sondern muss ein zentrales Element im Umgang mit unseren Lebensräumen sein. Dank dem Jahr der Biodiversität wurden Programme und Politiken entwickelt, die uns besser bewusst machen, dass wir auf diesem Planeten nicht alleine sind und jedes Lebewesen seinen Platz im Lebenskreislauf hat.

Welches sind Ihre Erwartungen gegenüber einer nationalen Biodiversitäts-Strategie des Bundes?

Diese Strategie soll immer wieder das Warum und das Wie im Umgang mit Biodiversität erklären. Sie soll geeignete Methoden zur Förderung der Artenvielfalt propagieren; sie soll das Engagement zugunsten der Biodiversität stimulieren und unterstützen (auch finanziell) und dafür sorgen, dass die Thematik nicht vergessen geht – auch auf internationaler Ebene (zum Beispiel in der Beschaffungspolitik).

Wie sieht Onex in 20 Jahren aus?

Schon vorher wird der Umgang mit Biodiversität selbstverständlich werden und die Bevölkerung wird täglich mit der lokalen Fauna und Flora in Kontakt sein. Natürlich gibt es noch andere Herausforderungen: Integration, Arbeit, Ausbildung, Mobilität, Sicherheit und Sauberkeit. Aber wichtig scheint mir vor allem dies: Was in Onex möglich ist, ist überall möglich. Man muss es nur wollen.

René Longet, Gemeinderat von Onex

Geboren 1951, ist René Longet, lic. phil. der Universität Genf, seit 1999 Mitglied der Exekutive und verantwortlich für Infrastrukturen, Grünflächen, Abfälle, Energie und Sport. Er präsidierte den Gemeinderat fünf Mal. Der Sozialdemokrat war Nationalrat (1982-1991) sowie Grossrat des Kantons Genf (1993-1999). Auch war er Mitglied der Schweizer Delegation an den Nachhaltigkeitsgipfeln von Rio und Johannesburg.

Biodiversitätsförderung für mehr Lebensqualität in der Stadt

Karin Hindenlang Clerc, Leiterin Naturförderung, Grün Stadt Zürich

Städte sind Hotspots der Biodiversität und tragen deshalb eine spezielle Verantwortung bei ihrer Förderung und Erhaltung. Biologische Vielfalt und städtische Entwicklung schliessen sich dabei nicht etwa aus – im Gegenteil: Grün Stadt Zürich engagiert sich seit Jahren für vielfältig gestaltete Freiräume, die Lebensqualität bieten für Menschen und Natur.

Städte beherbergen eine grosse Arten- und Lebensraumvielfalt. Diese Erkenntnis wurde bereits in den 1980er Jahren in verschiedenen mitteleuropäischen Städten wie Berlin, München oder Wien gewonnen. In Zürich konnten 1200 Blütenpflanzen und Farne nachgewiesen werden, und wir schätzen, dass rund 16 000 Tierarten in Zürich heimisch sind. Eine eben abgeschlossene Kartierung beschreibt mehr als 120 verschiedene Biotoptypen, die diesen Arten in der Stadt Lebensraum bieten. Ein Hauptgrund für die hohe Biodiversität liegt in der Vielgestaltigkeit städtischer Lebensräume und ihrer vielfältigen Nutzungsformen.



Biodiversität
Reichtum für Zürich

2010 – Internationales Jahr der Biodiversität

Stadtentwicklung mit Qualität

Urbane Räume entwickeln sich rasend schnell. In der Stadt Zürich wird täglich geplant und gebaut, der Wohnraumbedarf liegt heute bei durchschnittlich mehr als 50 m² pro Person. Der Boden wird zum knappsten und wertvollsten Gut. Diese Dynamik bietet die Chance, die Qualität des Siedlungsraums ständig zu verbessern – als Aufenthaltsort für Menschen, aber auch als Raum für Biodiversität. Grün Stadt Zürich setzt sich seit 10 Jahren dafür ein, dass vielfältige Freiräume für Mensch und Natur auf Stadtgebiet erhalten bleiben. 2006 wurden in einem «Grünbuch der Stadt Zürich» die Ziele für die nächsten zehn Jahre definiert.

Von «B» für Beratung und Bildung bis «U» für Unterschutzstellung und Unterhalt

Die Palette von Instrumenten und Projekten zur Biodiversitätsförderung ist reichhaltig. Wichtige Kerngebiete wie die Katzensen oder der Obstgarten am Höckler in der Allmend Brunau werden unter Schutz gestellt und sorgsam gepflegt. Ein Inventar von kommunalen

Schutzobjekten erlaubt auch im Baugebiet die Schaffung von Ersatzflächen bei einer Überbauung dieser Objekte. Durch die Beratung von Architekten und Bauherrschaften können die Aussenräume von Wohnsiedlungen so gestaltet werden, dass sie für die Bewohnenden attraktiv und gut nutzbar sind, eine hohe ökologische Qualität aufweisen sowie mit vertretbarem Aufwand unterhalten werden können. Leitfäden, Qualitätsstandards, Checklisten und eine Sammlung guter Beispiele unterstützen die Umsetzung dieser ökologischen Ausgleichmassnahmen wie Dachbegrünungen, Nisthilfen für Gebäudebrüter und naturnah gestaltete Wohnumgebungen mit Magerwiesen, Ruderalflächen und Hecken. Mit Projekten wie «10 000 Obstbäume für Zürich» werden einzelne Lebensräume – in diesem Fall Obstgärten – auf Stadtgebiet gezielt gefördert und die Bevölkerung für ihre Bedeutung sensibilisiert. Bildungsangebote für Schulkinder und Erwachsene, wie sie in den Zürcher Naturschulen durchgeführt werden, erhöhen das Verständnis und die Wertschätzung für die Natur, aber auch die Kompetenz zu ihrer Gestaltung in einem urbanen Umfeld und tragen zur nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft bei.

Biodiversität – ein Gewinn für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt

Die Förderung der städtischen Biodiversität bedeutet also nicht nur, möglichst viel Lebensraum für Fauna und Flora in Form von unversiegelten naturnahen Flächen, strukturreichen Biotopen und Vernetzungskorridoren zu schaffen, sondern sie bringt auch Lebensqualität für die Stadtbewohnenden in Form von attraktiven Grünräumen und einem vielfältigen Wohn- und Arbeitsumfeld. Naturerlebnisse vor der Haustüre, die Möglichkeit für Bewegung, Erholung und Entspannung inmitten einer Stadt sind wichtige Aspekte einer hohen Standortattraktivität. Unterhalt und Pflege von naturnahen Flächen

sind zudem kostengünstiger und verursachen weniger Umweltbelastung als die Pflege von sterilen und eintönigen Aussenräumen. Eine diesjährige Umfrage hat ergeben, dass die Zürcherinnen und Zürcher eine grosse Vielfalt von Pflanzen und Tieren als sehr wichtig und als Bereicherung ihrer Lebensqualität empfinden.

Was bringt die Biodiversitätsstrategie des Bundes der städtischen Vielfalt?

2011 wird der Bund seine Biodiversitätsstrategie der Öffentlichkeit präsentieren. Die Biodiversität in den Städten spielt darin nach heutigem Wissenstand nur eine marginale Rolle. Gerade weil die Städte Hotspots der Biodiversität sind, sollten die für den Siedlungsraum spezifischen Handlungsfelder berücksichtigt und wirksame Ziele und Massnahmen formuliert werden. Dazu gehört die Stabilisierung des Versiegelungsgrades mittels konkreter Zielwerte, Vorgaben und Anreize für temporäre Flächen wie Baubrachten, die Unterstützung von Beratung und Beiträgen für Private und Unternehmer sowie die Förderung von Naturerlebnissen im Siedlungsraum.

Das Internationale Jahr der Biodiversität geht bald zu Ende. Das Engagement für eine lebenswerte Stadt bleibt, in der Biodiversität Reichtum bedeutet für Mensch und Natur.

Karin Hindenlang Clerc



Karin Hindenlang Clerc (45) leitet den Geschäftsbereich Naturförderung und ist Mitglied der Geschäftsleitung von Grün Stadt Zürich. Die Biologin hat anlässlich des Internationalen Jahres der Biodiversität 2010 die Kampagne «Biodiversität – Reichtum für Zürich» ins Leben gerufen.

Ein Blick zurück auf die Wintersession

In der Wintersession standen neben dem Bundesbudget vor allem verkehrspolitische Geschäfte sowie das erste Paket der 6. IV-Revision (Revision 6a) im Zentrum des städtischen Interesses. Das Bundesbudget 2011 sieht ein Defizit von 646 Millionen Franken vor. Dies sind 52 Millionen mehr als im Vorschlag des Bundesrates, namentlich weil die Räte die Verkäufszulage um 45 Millionen aufstockten. Bei den ausserordentlichen Ausgaben stimmte der Ständerat der einmaligen Einlage von 850 Millionen Franken in den Infrastrukturfonds einstimmig zu.

Mehr Mittel für die Bahn

Weiter genehmigte das Parlament 3,462 resp. 1,279 Milliarden Franken zugunsten SBB und Privatbahnen für deren Infrastrukturunterhalt in den Jahren 2011 und 2012. Um dem beträchtlichen Nachholbedarf Rechnung zu tragen, wurden die Kredite um

140 (SBB) und 59 Millionen Franken (Privatbahnen) erhöht. Oppositionslos stimmten beide Räte auch einem Bürgschafts-Rahmenkredit für die Privatbahnen zu, der diesen ermöglicht, ihr Rollmaterial zu den gleich günstigen Bedingungen wie die SBB zu finanzieren.



Wohnbauförderung und Gigaliner

Ein Ja gab es im Nationalrat auch zum neuen Rahmenkredit zur Verbürgung von Anlei-

hen der Emissionszentrale für gemeinnützige Wohnbauträger. Damit ist ein erster Schritt zur Fortführung dieses für Städte und Gemeinden wertvollen Wohnbauförderinstruments getan. Ebenfalls zugestimmt hat die Grosse Kammer einer Motion aus dem Ständerat gegen Giga-liner. Der Bundesrat wird beauftragt, die maximale Länge von Lastenzügen gesetzlich auf 18,75 Meter zu beschränken.

IV-Revision mit offenen Fragen

Nach einer langen Debatte verabschiedete der Nationalrat das erste Paket der 6. IV-Revision in einer Form, die aus Sicht der Städte verschiedene Fragen offen lässt. Ohne dass grössere Unternehmen verpflichtet werden, eine bestimmte Anzahl von Personen mit einer IV-Rente anzustellen, dürften die ambitionierten Ziele bei der Arbeitsmarktintegration nicht erreicht werden. Und die Rentenüberprüfung bei Schmerzpatienten dürfte sozialpolitisch nicht ohne Folgen bleiben.

Vernehmlassungen

Keine Verfassungsbestimmung zur Grundversorgung

Braucht es eine allgemeine Bestimmung über die Grundversorgung in der Bundesverfassung? Aus Sicht des Städteverbandes lautet die Antwort nein, da ein derartiger Verfassungsartikel sowohl überflüssig wie auch unnötig ist. Unnötig, weil diese Bestimmung höchstens deklamatorischen Charakter hätte und demnach keine Wirkung entfalten würde. Und überflüssig, weil die Grundversorgung in verschiedenen Teilbereichen bereits verfassungsrechtlich verankert ist und es aus Sicht der Städte nicht sinnvoll ist, die Bundesverfassung mit unbestimmten, nicht justiziablen Bestimmungen anzureichern.

Umweltzonen unterschiedlich beurteilt

Die negativen Auswirkungen von Luftschadstoffen aus dem Strassenverkehr betreffen in der Schweiz schwergewichtig die Bevölkerung im urbanen Raum. Der Schweizerische Städteverband begrüsst daher im Grundsatz die Absicht des UVEK, weitere Massnahmen zur Verbesserung der Luftqualität zu ermöglichen. Die Wirksamkeit von Umweltzonen und die Verhältnismässig-

keit der damit verbundenen Massnahmen werden von den Städten allerdings unterschiedlich beurteilt.

Die grossen Städte befürworten die Schaffung rechtlicher Grundlagen für die Errichtung von Umweltzonen, da sie in den Umweltzonen ein Anreizinstrument zur Beschleunigung der Flottenerneuerung sehen, was sich wiederum positiv auf die städtische Luftqualität auswirken dürfte. Kleinere Städte hingegen beurteilen den möglichen Nutzen von Umweltzonen im Verhältnis zum Vollzugsaufwand als zu klein. Zudem befürchten sie Verkehrsverlagerungseffekte auf Gebiete ausserhalb allfälliger Umweltzonen.

Suchtpolitik ist auch Städtepolitik

Drogenpolitik ist immer auch Städtepolitik. Der Städteverband engagierte sich vor zwei Jahren für das neue Betäubungsmittelgesetz und unterstützt nun auch die entsprechenden Verordnungen. Allerdings sollten die Bestimmungen in der Cannabisfrage so gefasst werden, dass Pilotversuche für einen kontrollierten Cannabisverkauf, wie dies in manchen Städten gefordert wird, möglich

sind. Zudem sollte die Verordnung der Rolle, die Städte und Gemeinden in der Präventionspolitik spielen, besser Rechnung tragen und sie muss eine kommunale Vertretung in der Kommission für Suchtfragen vorsehen.

Kinderbetreuungsverordnung verbessern

Nur wenige Monate nach der ersten folgt bereits eine zweite Vernehmlassung zur Kinderbetreuungsverordnung (KiBeV) – ein untrügliches Zeichen dafür, dass einiges im ursprünglichen Entwurf missglückt war. Der Städteverband begrüsst die vorgenommenen Anpassungen und unterstützt die grundsätzliche Stossrichtung der KiBeV, sind doch einheitliche Rahmenbedingungen für die ausserfamiliäre Kinderbetreuung sinnvoll. Allerdings wäre es sinnvoll, Tages- und Vollzeitbetreuung in zwei unterschiedlichen Verordnungen zu regeln. Dies aus Gründen der Transparenz und um den beiden Betreuungsformen besser gerecht zu werden. Trotz einigen Lockerungen bei der Tagesbetreuung ist die Regelungsdichte im vorliegenden Entwurf immer noch sehr hoch. Vieles müsste nicht in einer Bundesverordnung geregelt werden.

Klares Ja zur Fortsetzung der TAK

Der Vorstand des Schweizerischen Städteverbandes sprach sich an seiner letzten Sitzung einstimmig für die Fortsetzung der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) aus. Für den Städteverband ist die TAK ein unverzichtbares und ausserordentlich wichtiges Instrument. Der Städteverband befürwortet die Fortsetzung der TAK ausdrücklich als Agglomerationskonferenz. Im Rahmen ihres Arbeitsprogramms ab 2012 soll sie so dann aufzeigen, wie die ländlichen Räume in geeigneter Weise in die tripartite Zusammenarbeit einbezogen werden können. Für den Städteverband ist klar, dass für eine zukunftsfähige Schweiz in allen funktionalen Räumen die Zusammenarbeit aller drei Staatsebenen verstärkt werden muss. Dies gilt für städtische wie auch für ländliche Gebiete. Aber vor dem Hintergrund des grossen dringlichen Handlungsbedarfs in den urbanen Räumen ist es derzeit richtig, die TAK schwergewichtig auf die Agglomerationen hin auszurichten. Dies umso mehr, als für die ländlichen Räume im Rahmen der Regionalpolitik bereits entsprechende Gefässe existieren.

Herbstkonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik zum Thema «Soziale Stadt»

An ihrer Herbstkonferenz am 26. November in Basel hat sich die Städteinitiative Sozialpolitik mit dem Thema «Soziale Stadt – strategische Herausforderungen» befasst.

Die Vision der Sozialen Stadt ist die Erhaltung und Weiterentwicklung der Lebens- und Standortqualität für alle. Das bedingt eine ressortübergreifende Perspektive und den zielgerichteten und koordinierten Einsatz nicht nur sozialer, sondern auch baulicher, gesundheits- und bildungspolitischer Massnahmen. An der Tagung stellten zwei Experten aus Deutschland Ansätze zu einer integrierten Stadtentwicklung vor, die darauf abzielt, die Herausforderungen auf dem Weg zur «sozialen Stadt» ganzheitlich anzugehen. In weiteren Referaten und in einer Diskussionsrunde beleuchteten Sozialvorsteherinnen und -vorsteher von Schweizer Städten, wie sich die Soziale Stadt im politischen Alltag verankern lässt.

www.staedteinitiative.ch/Konferenzthemen

Mitreden bei Migrationsfragen

Vertreter des Städteverbandes, der Städteinitiative Sozialpolitik sowie der Konferenz der Städtischen Polizeidirektorinnen und Polizeidirektoren (KSPD) wurden von der Direktion des Bundesamtes für Migration zu einem Vorstellungsgespräch empfangen. Die Städte haben gefordert, dass sie bei ausländerpolitischen Weichenstellungen einbezogen werden, und haben angeboten, ihr Knowhow einzubringen. Dies gilt auch für die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative.

Städte sind im nationalen IIZ-Steuerungsgremium vertreten

Das Engagement der Städte in sozialpolitischen Fragen trägt Früchte. Die Bundesräte Didier Burkhalter und Johann N. Schneider-Ammann haben beschlossen, die Städte ins Nationale IIZ-Steuerungsgremium aufzunehmen. Der Präsident der Städteinitiative Sozialpolitik, Martin Waser, wird das Mandat für den Städteverband übernehmen.

Ziel der IIZ ist es, die interinstitutionelle Zusammenarbeit – insbesondere zwischen Arbeitslosen-, Invalidenversicherung und Sozialhilfe – weiterzuentwickeln; auch Institutionen wie Unfall-, Kranken- und Taggeldversicherungen werden berücksichtigt. Es sollen Rahmenbedingungen für die verbesserte berufliche Integration geschaffen werden. Dem Gremium gehören Vertreter der Kantone, des Staatssekretariats für Wirtschaft, des Bundesamtes für Sozialversicherungen sowie des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie an. Auch im Nationalen Entwicklungs- und Koordinationsgremium sind die Städte vertreten.

Kurzmeldungen

Nachhaltig beschaffen? Mit dem Kompass Nachhaltigkeit

Eine neue Web-Plattform stellt öffentlichen Beschaffern sowie Einkäufern von KMU neu ein umfangreiches Informationsangebot rund um das Thema nachhaltige Beschaffung zur Verfügung.

Neben einer Datenbank mit detaillierten Auskünften zu Sozial- und Umweltstandards bietet die Webseite praktische Hinweise zur öffentlichen Vergabe, Kurztex te zu aktuellen Nachhaltigkeitsthemen sowie Beispiele aus der Praxis. Die Webseite wird anlässlich einer Veranstaltung des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO am 19. Januar 2011 vorgestellt. Informationen: www.kompass-nachhaltigkeit.ch

Swiss eGovernment Forum 2011

Während die Bedürfnisse von Bürgerinnen und Bürgern und Wirtschaft nach Online-Abwicklungen und mehr Dienstleistungsqualität steigen, vermag das Angebot nicht immer Schritt zu halten. Gefordert sind neue innovative Lösungen, die den beschränkten finanziellen und personellen Ressourcen Rechnung tragen. Zudem stellt sich die Frage, ob neue Kommunikationsformen wie Facebook, Twitter oder Blogs für eGovernment-Zwecke neue Perspektiven eröffnen. Wie kann die Verwaltung Social Media Plattformen nutzen? Welches sind die Vorgaben beim Einsatz von Social Media?

Diese und weitere Fragen stehen im Zentrum des Swiss eGovernment Forum 2011, das unter dem Patronat des Städteverbandes am 8./9. März 2011 in Bern stattfindet. Informationen: www.infosocietydays.ch



Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

25./26. August 2011

Städtetag 2011 in Neuenburg und Peseux – **zum Vormerken!**

Weitere Auskünfte: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Kommunale Infrastruktur KI

28./29. April 2011

Strassenmeisterkurs in Nottwil

Weitere Auskünfte: Stephanie Glutz, Telefon 031 356 32 32, info@kommunale-infrastruktur.ch

Konferenz Städtischer Polizeidirektoren und -direktorinnen KSPD

12./13. Mai 2011

Generalversammlung in Lausanne

Weitere Auskünfte: Andrea Bucher, Telefon 044 411 70 26, andrea.bucher@zuerich.ch

Städteinitiative Bildung Volksschule

28. Januar 2011

Frühlingskonferenz 2011 in Luzern

Weitere Auskünfte: Urs Purtschert, Telefon 041 208 82 36, urs.purtschert@stadtluzern.ch

Weitere Organisationen

6./7. Januar 2011

12. Nationale Gesundheitsförderungs-Konferenz in Davos

Weitere Auskünfte: www.gesundheitsfoerderung.ch, Telefon 055 442 91 02, mlcons@bluewin.ch

19. Januar 2011

Seco-Tagung «CSR und nachhaltige Beschaffung» in Zürich

Weitere Auskünfte: Vanessa Lutz, Telefon 044 260 60 28, info@kompass-nachhaltigkeit.ch

25./26. Januar 2011

2. Schweizer Forum Elektromobilität in Luzern

Weitere Auskünfte: Mobilitätsakademie, Sybille Imesch, Telefon 031 380 12 09, simesch@tcs.ch

8./9. März 2011

Swiss eGovernment Forum in Bern

Weitere Auskünfte: www.infosocietydays.ch, barbara.imboden@infosocietydays.ch (Patronat Städteverband)

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband (SSV), Florastrasse 13, 3000 Bern 6

Redaktion: Renate Amstutz, Ariane Gigon (und Übersetzungen), Christina Grab, Sybille Oetliker, Martin Tschirren, Roman Widmer, Sara Zopfi.

Bildnachweis: Rolf Siegenthaler, Laurent Guiraud/Edipresse (Seite 2), Parlamentsdienste (Seite 4).

Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch

Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch